

WOHLFAHRTSSTAAT

«Sozial»: das ist in Wahrheit die beste aller Kreiden für den Wolf. Mit ihr lässt sich jedes noch so bestialische Knurren in lieblichen Gesang verwandeln. Sie ist das Zaubermittel für jeden Wolf, der sich in die gute Stube seiner Opfer einschleichen will. Wer dieser heuchlerischen Vokabel in ihren scheinhumanitären Mogelpackungen erliegt, der ist bereits ein höriger Hofschranze der Macht, und der ist als unabhängige und selbstverantwortliche Persönlichkeit schon gestorben. (1991, 178)

In Wirklichkeit ist der Sozialstaat bis in seine innerste Substanz *antisozial* und menschenfeindlich, weil er im Dienste der Machterhaltung einer riesigen Umverteilungs-Kaste und im Dienste der Medien-Schamanen und ihrer verjammerten Meinungs-Diktatur seine Mittel an *alle* verschwendet, deren Stimmen er mit Almosen und Geschenken aus fremden Geldbeuteln kaufen will – und dann für die *wirklich* Bedürftigen nichts mehr übrig hat; und weil er ein unabschätzbares Wertschöpfungspotential durch Lähmung der volkswirtschaftlichen Leistungskräfte verhindert und erstickt, welches einzig und allein in der Lage wäre, Armut und Not nachhaltig zu beseitigen. [...] Umso schändlicher, daß wir ihnen dieses Zerstörungswerk auch noch mit dem Zuschancen schrankenloser Macht vergolden, und daß wir ihnen unsere Freiheit zu Füßen legen, um wie unterwürfige Hunde um die Happen zu betteln, die sie uns zuwerfen. (1991, 185)

Ein jeder, der das sogenannte «Soziale Netz» immer enger knüpfen will und dabei nicht merkt, daß die Fäden aus Leistungswille und Leistungsfähigkeit immer dünner werden, je mehr man sie anspannt und an ihnen dreht, der darf sich nicht wundern, wenn dieses Netz eines Tages reißt und die darin gefangenen Menschen ins Bodenlose fallen. (1991, 280)

Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, daß die gigantische Umverteilungsmasse der Sozial- und Wohlfahrtsstaaten sich zu mehr als 90 Prozent auf ein machtpolitisch motiviertes Hin- und Hergeschiebe innerhalb der nicht bedürftigen Mittelschichten konzentriert. Umverteilung also als politische Waffe der Partei- und Funktionärseliten in einer Rentiergesellschaft [...] und eben nicht als moralische Veranstaltung im Dienste wahrer Karitas und wahrhaftiger Moral. (1995A, 263)

Der Sozialstaat verstellt die *Sicht* auf Not. Weil sich das Machtkalkül und die Stimmenfangstrategie der politischen Kasten auf jeweils größere Wählergruppen richtet, wurden die Sozialhilfe und alle sonstigen zweifelhaften Wohltaten des Wohlfahrtsstaates entpersönlicht und anonymisiert [...]. Wer in solchen schwammig definierten Ganzheiten wirklich hilfsbedürftig ist – und in welchem Maße, warum und wie lange, ist nicht mehr erkennbar. Also muß mit der Gießkanne ausgeteilt werden. Die in tatsächlicher Not lebenden Menschen kommen hierbei meistens zu kurz oder gar nicht in den Genuß des Sprühregens [...]. Auch lernen die Cleveren innerhalb des Empfänger- und Nutznießer-Blocks rasch, den Segen auf sich zu ziehen und die weniger skrupellosen Mitglieder leer ausgehen zu lassen. (1995B, 9)

Der Sozialstaat zerstört den *Willen* zur Hilfe. [...] Die mit pharisäerhafter Scheinmoral vorgetragene Funktionärsphrasen vom «gerechten Anspruch auf...» erzeugen bei einigen Bevölkerungsschichten die Neigung zu immer dreisterem Fordern, bei anderen das Gefühl, schamlos ausgebeutet und zur Melkkuh des politischen Stimmenschachers zu werden. [...] Die Bereitschaft zur Hilfe und zur karitativen Zuwendung sinkt rapide. Der Blick für wirkliches Elend und echte Not wird stumpf, das Gefühl der Nächstenliebe und des menschlichen Erbarmens erkaltet. Hinzu kommt, daß mit den staatlich erzwungenen Kollektivversicherungen gegen nahezu alle Lebensrisiken die Notwendigkeit zum zwischenmenschlichen Beistand schwindet – und damit auch der

Wille zur helfenden Tat. Jene kleinen Einheiten und Institutionen, in denen menschliche Wärme, Zuwendung, Hilfsbereitschaft, Liebe und Beistand geboren, gelehrt, eingeübt, erprobt, vermittelt und bewahrt werden, nämlich Familie, Sippe, Nachbarschaft, Freundeskreis, Kirche und karitative Vereinigung: sie zerfallen, lösen sich auf und verwandeln sich bestenfalls in Rückzugsnischen für Eigenbrötler. (1995B, 10)

Wer die Arbeit zum Zwecke der Finanzierung des Sozialstaats belastet, fördert massiv die Verarmung eines Volkes. Nicht nur, weil das Sozialsystem des Wohlfahrtsstaates früher oder später unfinanzierbar wird und – mit dramatischen Verarmungsfolgen – zusammenbrechen muß. Und nicht nur, weil das übertrieben eng geknüpft soziale Netz die Leistungsanreize verkümmern läßt, sondern auch, weil die Schere zwischen kostenbedingt schrumpfenden Renditeaussichten des Investiv- oder Sachkapitals einerseits und den wachsenden Rendite-(Verzinsungs)-Verlockungen des Geldkapitals andererseits zu einer gigantischen Gasblase des internationalen Finanzsystems führt. (1995B, 239)

Der Sozialmensch ist der dominierende Typus des Homo sapiens der westlichen Welt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Besonders vorherrschend und geradezu flächendeckend auftretend ist seine Gattung in Deutschland. Er lebt in einem sozialen Rechtsstaat mit sozialer Marktwirtschaft und einem inzwischen beträchtlich gewachsenen sozialverpflichteten Eigentum. Er hat ein halbes Dutzend Sozialversicherungen und genießt einen umfassenden Sozialschutz in einem feingeknüpften sozialen Netz. Im sozialen Notfall oder bei sozialen Schiefslagen vertraut er auf das Sozialstaatsprinzip und auf die Sozialgesetzgebung, auf Sozialsystem und Sozialverbände, die ihm mit Sozialhilfe und verschiedenen Sozialtransfers und Sozialeinrichtungen unter die Arme greifen, um seinen sozialkulturellen Standard und sein soziales Existenzminimum zu garantieren. Als sozial eingestellter Bürger sehnt er sich nach sozialer Gerechtigkeit und sozialem Frieden –

und setzt deshalb auf eine sozial ausgewogene Sozialpolitik der allesamt sozialdemokratischen Parteien. Die Festlegung des Volumens an sozial notwendiger Arbeit und seines Arbeitsentgelts überläßt er den Sozialpartnern, von denen er sozialverträgliche und in sozialer Verantwortung getroffene Entscheidungen zur Durchsetzung seiner sozialen Ansprüche erwartet, aber auch die Wahrung der sozialen Rechte der sozial Schwächeren. Widrigensfalls pocht er auf das Sozialgesetzbuch und die soziale Rechtsprechung der Sozialgerichte, notfalls – bei sozial unausgewogenen oder gar sozial unverträglichen (weil die Sozialauswahl verletzenden) Entlassungen – auf Sozialentschädigung und Sozialabfindung. Der Sozialmensch denkt und empfindet sozial, lebt am liebsten in einer Sozialwohnung und wünscht sich einen sozial eingestellten Vermieter, sowie einen Arbeitgeber mit sozialem Gewissen. Nichts fürchtet er mehr als soziale Blindheit, eine Kürzung des sozialstaatlichen Sozialbudgets, einen sozialen Umbau oder gar einen sozialen Kahlschlag in den Sozialwerken. Vielleicht weiß der einzelne Sozialmensch nicht, daß seine Regierung schon 1961 eine Europäische Sozialcharta unterzeichnet hat, deren Institutionen wie Sozialrat, Sozialkommissar und Sozialausschuß das Ziel eines europaweit sozial harmonisierenden Sozialniveaus verfolgen, vielleicht kümmert er sich auch wenig um die neue Sozialcharta des Maastricht-Vertrages mit ihren Ambitionen für einen sozialen Ausgleich der europäischen Sozialstandards, aber da er Markt und Wettbewerb ohnehin für unsozial hält, würde er die soziale Abfederung der EU-Sozialmodelle gegen Sozialdumping und sozial schädliche Konkurrenz in einem sozialen Europa ohnehin begrüßen. Der Sozialmensch des sozialdemokratischen Jahrhunderts ist sozial gewiefter als man gemeinhin annimmt, denn er kennt die Sozialdaten und seine sozialen Grundrechte, die Sozialversicherungsbeitragssätze, den Namen des Sozialministers und die Details in dessen Sozialreformen. Nur eines hat der Sozialmensch noch nicht wahrgenommen: Daß er, schon lange dem Sozialwahn verfallen, zum abhängigen Sozial-Sklaven der politischen Sozial-Funktionäre geworden ist, und daß das Wort ‚sozial‘ nur die machtstrategisch getarnte Weichspüler-Vokabel für ‚sozialistisch‘ ist. (1997, 7f)

Und noch eines, Sozialmensch, bedenke: Die Sozial-Vokabeln sind die Brenneisen, mit denen der Sozialismus in die Hirne und Herzen der Menschen eingebrannt wird. Wer sich die Brandzeichen aufdrücken läßt, gehört ab dato dem Staat, nicht mehr sich selber. «Sozialstaat» bedeutet hierbei nichts anderes als Sozialismus mit eingezogenen Krallen, wobei das Katze-Maus-Verhältnis und das Schicksal der Mäuse gleichwohl unverändert tragisch bleiben. (1997, 9)

Deshalb ist aber auch das Menschenbild des Sozialstaates, der den Menschen als infantil und unfähig zur Übernahme weitgehender Eigenverantwortlichkeit betrachtet und der vorgibt, seine tölpelhaften Bewohner gegen alle möglichen Lebensrisiken zwangsversichern zu müssen, nicht Ausfluß einer «höheren» Moral, sondern zutiefst unmoralisch. Er verhindert die Entwicklung und Festigung verantwortlicher Verhaltensweisen und zersetzt die moralischen Ressourcen, die sich in den Jahrhunderten der vor-sozialstaatlichen Zeit gebildet hatten. (1997, 87)

Steuern, die zur Voraussetzung haben, daß eine mit dem hoheitlichen Gewaltmonopol ausgestattete Behörde alle persönlichen Daten eines Bürgers und seiner Familie erfassen muß, seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse, sein Konsum- und Ausgabeverhalten bis ins kleinste Detail, seine Wohn- und Familienverhältnisse, seine Beziehungen zu Ehepartner und Kindern etc. – sind per se eine unsittliche, die Würde der Person zutiefst verletzende Einrichtung. Es ist schwer verständlich, wie die Mehrheit der Bürger eine solche Institution hinnehmen und gleichzeitig glauben kann, in einem freiheitlichen Rechtsstaat zu leben. (1997, 132)

Hätte die politische Kaste nicht das scheinmoralische Argument «Sozialstaat» (= Umverteilung) zur Hand, wäre es ihr niemals gelungen, die Bürger in jenem ungeheuerlichen Ausmaß zu enteignen und zu entrechten, das ihre Abzockerei inzwischen erreicht

hat. Sozialstaat und Fiskalstaat bilden eine eingeschworene Gemeinschaft. Ihr Alibi, das «Soziale» und seine Finanzierung, ist ein destruktives Prinzip, kein konstruktives, wie unablässig behauptet wird. Es zersetzt die konstruktivsten Kräfte des Menschen: die Eigeninitiative, die Eigenverantwortung und den freiwilligen Altruismus; und es nährt seine destruktivsten Triebe: das Machtstreben, die Habgier und den Neid. (1997, 133)

Der Sozialstaat dominiert – nicht so total und nicht so totalitär wie der sozialistische Staat, aber in ähnlicher Form und in zunehmendem Maße – unser Leben, unsere Kindheit, unsere Jugend, unsere Jahre als Erwachsene und unser Alter. Das ist ein Verbrechen am Sinn und an der Würde des Lebens, an den Menschenrechten und am Schöpfungsauftrag des Menschengeschlechts. (1997, 144)

Erst vor dem Hintergrund dieses ursprünglichsten Menschenrechts – also dem Recht eines jeden Menschen, sein Leben in eigener Regie planen und gestalten zu dürfen –, wird das ganze Elend des Individuums deutlich, das sein Dasein in einem totalitären Regime fristen muß; aber auch die Unwürdigkeit seiner Existenz in den modernen sozialsozialistischen und staatspaternalistischen Wohlfahrtsstaaten. Auch in diesen angeblich «freien» Gesellschaften plant nicht der einzelne Mensch [...] in eigener Verantwortung und im Rahmen seiner fürsorglichen Elternliebe die Bildung seiner Kinder, sondern der Staat legt Art, Ort, Dauer und Lehrinhalt der geistigen Erziehung der Kinder und Jugendlichen zwangsweise fest. Der erwachsene Mensch bestimmt nicht in eigener Regie und Verantwortung über die Vereinbarung bezüglich der Höhe seines Arbeitsentgelts und über die Dauer seiner Lebens-, Jahres-, Wochen- und Tages-Arbeitszeit, sondern staatliche Gesetze und staatsgestützte Tarifkartelle geben das zwingend vor. Ebensovienig entscheidet der erwachsene Bürger in den Sozial- und Wohlfahrtsstaaten über die Verwendung der Früchte seiner Arbeit [...]. Nahezu alle Vorsorgeleistungen werden ihm, dem staatsbetreuten Sozialmenschen, unabhängig von seinen eigenen Risikokalkülen,

seinen persönlichen Präferenzen und finanziellen Möglichkeiten [...] vorgeschrieben. Und die finanziellen Mittel für diese Zwangsverwendungen werden ihm mit unerbittlicher Gewaltandrohung entzogen. Dazuhin wird ihm, wiederum unter Zwang, ein erheblicher Teil – in vielen Fällen mehr als die Hälfte – seines Lebensinkommens in Form von Steuern weggenommen, um alsdann beliebigen Verwendungen zugeführt zu werden, auf deren Art und Höhe er so gut wie keinen Einfluß hat. [...] Ganz zu schweigen von der staatlichen Enteignungsveranstaltung namens Inflation und von dem dichten Netz an Regulierungen und Interventionen [...]. Im Alter schließlich ist dieser geschundene Mensch noch immer nicht Herr seiner Lebenspläne, sondern lebt als Unterhaltsempfänger von der Gnade des Staates, der die Renten- und Pensionszahlungen mehr oder weniger willkürlich und nach politischen Kalkülen manipulieren kann. Sein «letzter Wille» schließlich [...] unterliegt wiederum in weiten Teilen den staatlichen Geboten [...]. Das dem Menschen von Natur und/oder vom Schöpfer verliehene höchste und ursprünglichste aller Rechte, nämlich sein eigenes, einziges und ihm unter allen Menschen nur allein gehörendes Leben in eigener Regie und Verantwortung planen und gestalten zu dürfen: dieses Recht ist in den das gesamte Leben ihrer Bürger politisierenden und dominierenden Sozialstaaten zur Makulatur geworden. (1997, 144ff)

Mit der im Sozialstaat akribisch betriebenen Methode «Umverteilung von den Reichen zu den Armen» werden nicht die Armen reicher, sondern alle ärmer und schließlich bettelarm. Wir haben nur die Wahl zwischen «Reichen», die am freien Markt reich geworden sind oder reich werden, indem sie uns alle mit nützlichen Gütern und Diensten versorgen, oder *politisch* Mächtigen und Reichen, die reich werden, weil sie uns allen unser erarbeitetes und erspartes Geld wegnehmen, und die uns schon deshalb den Weg in die Armut bereiten, weil sie diejenigen besonders gründlich berauben, entmutigen und verjagen, die uns außergewöhnlich effizient mit Gütern und Diensten versorgen (oder versorgen würden, wenn man sie nur ließe). Wir haben nur die Wahl zwischen einer freien,

kapitalistischen Gesellschaft, in der jedermann zum Nutzen aller anderen reich werden kann, und einer unfreien Gesellschaft, in der nur die politische Kaste auf Kosten aller anderen reich werden kann. (1997, 158f)

Im Interesse des eigenen Stimmen- und Machtgewinns werden Parteien und politische Repräsentanten nicht müde, den Menschen einzureden, sie seien von furchtbaren Gefahren umgeben, welche sie ohne staatliche oder kollektiv organisierte Hilfe nicht bewältigen könnten. Es sind vorwiegend die finanziellen Risiken bei Krankheit und Arbeitslosigkeit, bei der Wohnungssuche und der Kinderaufzucht, bei der rechtlichen Gestaltung des Arbeitsvertrages und beim Lebensstandard im Alter, die als Schrecknisse an die Wand gemalt werden. Kaum ist ein tatsächlich vorhandenes oder den Leuten aufgeschwatztes Sicherheitsbedürfnis einigermaßen befriedigt, muß die Politik vorausseilend ein neues erfinden – ähnlich einem Versicherungsunternehmen, dessen Geschäft stagnieren würde, wenn nicht ständig neue und größere Gefahren – echte oder eingebildete – zu decken wären. (1997, 173)

Natürlich werden im Umlagesystem die heute noch Jungen, also die Leistungsträger diesseits des Rentenalters, ausgebeutet und betrogen, weil man ihnen zur Finanzierung der Alten so viel Geld abknöpft, daß sie keine eigene Vorsorge mehr betreiben können, und weil sie gleichzeitig gewärtig sein müssen, daß die Kassen leer sein werden, wenn sie selber einmal ihre vom Lebenskampf ermüdeten Häupter in den Ohrensessel legen wollen. Aber an dieser Ausbeutung und an dieser betrügerischen Irreleitung sind nicht die Alten, nicht die Rentner schuld, sondern die Konstrukteure des irrwitzigen Systems der umlagefinanzierten Altersvorsorge sowie dessen verbissene Verteidiger, die mit dem wahlwirksamen Verkauf der Mogelpackung ihre Funktionärskarrieren gestaltet und ihre parteipolitischen Machtpfründe gespeist haben. Der gigantomanische Massenbetrug ist umso verwerflicher, als er einen der tiefsten menschlichen Werte erodiert und im Lauf der Zeit sogar

ins Gegenteil verkehren wird, nämlich die Generationenethik, das uralte Fürsorgegefühl der Alten für die Jungen und das ebenso uralte Pflichtbewußtsein und die metaphysisch verankerte Achtung der Jungen gegenüber den Alten. Wo die politisch motivierten Berufs-Gutmenschen mit dem verlogenen Geschwafel vom «Generationenvertrag» unablässig von den abwegigen Mechanismen des Umlageverfahrens ablenken, da wird sich eines alsbaldigen Tages die Wut der Enttäuschten nicht – wie es angebracht wäre – auf das marode und falsche System entladen, sondern da wird der Haß und die Empörung der Generationen übereinander und gegeneinander ausbrechen. Es naht der Zeitpunkt, an dem die Jüngeren sich als mißbrauchte Lastesel der «parasitären» Alten empfinden werden, und an dem umgekehrt auch die Alten giftige Wortpfeile von der Undankbarkeit, der Selbstsucht und der Verantwortungslosigkeit gegen diejenigen schleudern werden, die noch im Arbeitsprozeß stehen. (1997, 191)

Statt den Menschen pharisäerhafte Moralpredigten zu halten, hätte man sie darüber aufklären sollen, daß sie als Gefangene eines irrwitzigen Systems in einem Hamsterrad strampeln, dessen sinnloser und kräftezehrender Leerlauf nur noch den Überlebensstrategien der classe politique und der Sozialfunktionäre dient. Das Umlageverfahren der Rentenversicherung ist – für sich betrachtet, aber auch als pars pro toto für alle staatlichen Sicherungssysteme – nicht nur ökonomisch und finanziell der «Größte Anzunehmende Unfall» (GAU) einer modernen Gesellschaft, es ist auch der sichere Garant des kontinuierlich heraufziehenden moralischen Bankrotts dieser Gesellschaft. (1997, 192)

Der beste Weg, die Armut zu beseitigen, besteht eben nicht darin, Einkommen umzuverteilen, sondern Einkommen zu erzeugen. Und nur die Marktwirtschaft ist eine Einkommenserzeugungsmaschine, *nicht* der umverteilende Staat. Der Staat ist eine Einkommensvernichtungsmaschine. Der Weg der zusammengebrochenen sozialistischen Staaten mit ihrer Erodierung der Eigentumsrechte

und ihrer Schwächung der Märkte bleibt auch dann falsch, wenn man ihn halbherzig oder mit der angezogenen Handbremse des Sozialstaates befährt. Man hilft den Armen im Endeffekt nicht, wenn man dafür sorgt, daß sich Armut lohnt. (1997, 255)

Es gibt ernstzunehmende Stimmen, die behaupten, der (Sozial-) Staat müsse notgedrungen in jene Lücken springen, die eine schrumpfende und dahinsiechende Moral in der modernen Gesellschaft der Egoisten hinterlassen habe. In Wahrheit aber läuft der Prozeß der Entmoralisierung in umgekehrter Richtung: Moral, wirkliche, echte (also private) Moral kann nur in einem gesellschaftlichen Raum stattfinden, in dem sich ihre falsche und verlogene Pseudovariante, die staatlich verordnete Kollektivmoral, noch nicht ausgebreitet hat. Und diesen Freiraum gibt es nicht mehr im Sozialstaat. Das Mitleid ohne Tränen des Sozialstaats ist in Wirklichkeit das mitleidlose Zerstörungswerk des Sozialismus, eines Sozialismus freilich mit eingezogenen Krallen, der auf demokratischen Samtpfoten umherschleicht. Das 20. Jahrhundert wird sich in der Tat nicht nur in den Ländern des zusammengebrochenen Ostblocks, sondern auch im dereinstigen Bankrott der westlichen Sozialstaaten als ein «verlorenes Jahrhundert» erweisen. Der real existierende Sozialismus hat den Menschen die Illusion einer üppigen Zukunft auf Kosten der Gegenwart verkauft. Der Sozialstaat (oder der real existierende Sozialsozialismus) verkauft ihnen die Illusion einer üppigen Gegenwart auf Kosten der Zukunft. Beide verspeisen zugleich die Ersparnisse der Vergangenheit und die Fundamente des Reichtums der Zukunft, der Hardcore-Sozialismus lediglich schneller als der Soft-Sozialismus des Sozialstaats. Doch ist all das beileibe nicht nur den politischen und Syndikatsfürsten anzulasten, wengleich sie eine spezielle Schuld trifft, weil sie meist über das entsprechende Insiderwissen verfügen. Im Prinzip aber bekommt der Bürger von seinen demokratischen Repräsentanten im großen und ganzen das, wonach es ihn verlangt. Und wer sich füttern läßt wie ein Hund, der muß eben auch gewärtig sein, daß er wie ein Hund kommandiert und geschlagen wird. (1997, 265f)

Wir werden es noch erleben, welchen «gesellschaftlichen Frieden» der Sozialstaat stiftet, wenn mit der zunehmenden Unfinanzierbarkeit der gesetzlichen Sozialversicherungen, mit dem Reißen der sozialen Netze und mit dem heranziehenden Bankrott all dieser Systeme der Krieg losbricht, der laute oder leise Krieg zwischen Jungen und Alten, zwischen Kranken und Gesunden, zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, zwischen Sachwertinhabern und Besitzern immer wertloser werdender Geldvermögen. Wir werden aus unseren illusionären Sozialträumen noch sehr unsanft wachgerüttelt werden. Diese Art des «sozialen Friedens», bei dem jedermann auf Kosten aller anderen lebt, ist die Vorbereitungsphase für ein gesellschaftliches Desaster, bei dem die Hobbes'sche Formel vom Krieg aller gegen alle ausnahmsweise einmal zutreffen wird. (1998k, 59)

Die wahren Reichen [...] sind im modernen Sozial- und Umverteilungsstaat nicht die Unternehmer und Selbständigen, die sich im Hamsterrad der Fiskal- und Sozialmühlen abstrampeln und im Dickicht des bürokratischen Vorschriften-Dschungels zu Tode ärgern, sondern jene – von solchen Lasten vielfach befreite – Schmarotzerschicht von Funktionären, die in Tausenden von Verbänden und politischen Umverteilungsorganisationen ein immer größeres Rad drehen und unsere Steuermilliarden über den ganzen Globus austreuen wie die Sonnenkönige, als handele es sich dabei nicht um hart erarbeitete Groschen, sondern um Dreck von der nächsten Schutthalde. (1999, 139)

Etliche Reiche können es sich leisten, in einer überwiegend kapitalistischen Welt zu leben, in der die Märkte frei sind; oder sie können wenigstens ihr Einkommen dorthin verlagern, wo sie weniger oder gar nicht besteuert werden. Das sei ihnen gegönnt. Bedauerlich ist nur, daß die meisten anderen in einer mehr sozialistischen Welt leben müssen: Sie arbeiten auf regulierten halb- bis dreiviertelsozialistischen Arbeitsmärkten, wo sie weder darüber entscheiden dürfen, wann und wie lange sie arbeiten – noch zu welchem Preis und zu welchen sonstigen Bedingungen; sie leben in halbsozialis-

tischen Wohnungen (Sozialwohnungen oder miethpreisregulierten Immobilien), müssen ihr Lebenseinkommen zur Hälfte oder mehr in sozialistische Sozialversicherungssysteme – inklusive sozialistisches Rentensystem – und in den Fiskalsozialismus stecken; sie müssen ihre Kinder auf sozialistische (öffentliche, staatliche) Schulen schicken, und sie sitzen den Verlockungen einer sozialistischen Politik (Sozialstaat) auf, die völlig falsche Anreize setzt und immer weiter in die Abhängigkeit und Unmündigkeit führt. (1999, 139f)

Außerdem verwandelt der Sozialstaat mit seinen Regelwerken, welche zum Konsum ohne Produktion und ohne Leistung berechtigen, die Menschen in Parasiten und Drohnen. Der Wohlfahrtsstaat verführt zu Verhaltensweisen, welche die Überlebensstrategie des schonenden Umgangs mit Ressourcen in sein Gegenteil verkehren. Die Ausbeuter leben immer besser, und die produktiven Bürger, denen man ständig neue Sonderlasten aufbürdet, leben immer schlechter. (1999, 175f)

Hätte dem barmherzigen Samariter ein Vorgesetzter befohlen, das alles zu tun, so hätte diese Figur gewiß keine biblische Berühmtheit erlangt. Mit diesem freiwilligen Geben hat das verschwenderische Gießkannenprinzip des Sozial- und Wohlfahrtsstaates, der die Mittel für seine machtpolitischen Umverteilungsorgien mit Zwang und Gewalt und unter Androhung von Strafe, Gericht, Polizei und Gefängnis aus den Bürgern herauspreßt, überhaupt nichts gemein. Und deshalb haben Sozial- und Wohlfahrtsstaat auch nicht das geringste mit der Ethik des Gebens und Schenkens zu tun – und auch nichts mit dem christlichen Glauben und den christlichen Geboten. (1999, 205)

In Wirklichkeit ist der Appell zur persönlichen (individuellen!) Mildtätigkeit und zur freiwillig gebenden Barmherzigkeit das krasse Gegenteil zur erzwungenen und anonymen Umverteilungsmaschinerie des Sozialismus (inklusive des Samtpfotensozialismus in Form des Sozialstaates). (1999, 208)

Je mehr Politiker zu geben versprechen, desto mehr ermächtigen sie sich im selben Atemzug zu nehmen. Wenn es im Blätterwald unseres Landes seit Jahren vom «Wertewandel» und vom «Werteverlust» tönt, dann sollte man die Ursachen zuallererst in dieser Perversion und in dieser Umwertung aller Werte durch die Politik des Sozial- und Wohlfahrtsstaates suchen, welche Unrecht in Recht, Gewalt in Frieden und Ungerechtigkeit in Gerechtigkeit umdefiniert hat [...]. (2000A, 261)

So hat sich die Summe der sozialen Wohltaten in Deutschland zwischen 1960 und 2000 verneunzehnfacht. Mit 1,2 Billionen Mark wird ein Drittel des gesamten Sozialprodukts Jahr für Jahr für «Soziales» ausgegeben. [...] Zu den wirklich Bedürftigen zählen maximal fünf Prozent der Bevölkerung. Würde man die 1,2 Billionen Mark an sie ausschütten, so müßte jeder einzelne Bedürftige im Jahr dreihunderttausend Mark bekommen. Die wahren und hauptsächlichlichen Profiteure kommen bei einer anderen Rechnung ans Licht: Auf jeden Bedürftigen in Deutschland kommen nämlich heute zehn Personen, die damit beschäftigt sind, die Sozialtransfers zu verwalten, zu manipulieren, zu verplanen und hin- und herzuschieben. (2002, 143)

Der Sozialstaat ist eine Utopie – und seine politische (d. h. gewaltsame) Durchsetzung entspricht einem Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Dieser Krieg kann mit privatem Geld genausowenig geführt bzw. finanziert werden wie militärische Großkriege mit Gold geführt oder finanziert werden könnten. Deswegen wurde ja der Goldstandard mit Beginn des Ersten Weltkriegs abgeschafft. (2003, 23)

Wie sein «großer Bruder», der Sozialismus, so ist auch der «kleinere» Sproß der kollektivistischen Familie, der Sozial- und Wohlfahrtsstaat, eine Utopie. Deshalb steuert er mit derselben Gewißheit in den Bankrott. Nur eben langsamer, weil die im Sozial- und Umverteilungsstaat zwar gefesselten, aber eingeschränkt noch

wirksamen Kräfte des Marktes dem Wohlstandszerfall lange Zeit entgegenwirken. (2003b)

Was der politischen Kaste in nicht-totalitären Systemen als Herrschaftsinstrumentarium verbleibt, das sind Geschenke und Versprechungen (Umverteilung zu Zwecken des Stimmenkaufs), das Schaffen einer relativ großen Zahl an Bedürftigen und Abhängigen – und eine entsprechend große Fiskal- und Schuldenmasse, um die entmündigte und enteignete Klientel «durchzufüttern» und bei Laune zu halten. Dieser Mechanismus stellt eine Art perpetuum mobile dar, denn je mehr Mittel den Bürgern zwangsweise an Steuern und Abgaben (mit dem Argument der notwendigen staatlichen Fürsorge) entzogen werden, desto unselbständiger und bedürftiger werden sie – und desto mehr wächst ihre Abhängigkeit von kollektiven Leistungen und Staatsalmsen aller Art. Der schleichende Sozialismus des Sozial- und Umverteilungsstaates erweist sich somit als hochwirksames Herrschaftsinstrument. (2003b)

Der Sozialstaat ist nicht nur *ein* Sprengsatz für das Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge; er bildet eine ganze Feuerwerkskette von Sprengsätzen. [...] Die Sozialsysteme lösen die Disziplin des familiären Zusammenhalts auf; das «Versicherungssystem» und Sicherheitsnetz namens Familie ist nicht mehr überlebensnotwendig, wenn kollektive (staatliche) Hängematten bereitstehen. Mit der zerfallenden Institution *Familie* explodieren die Kosten der sozialen Sicherungen. Zugleich sinkt die Geburtenrate, was die künftigen Kosten der Sozialsysteme für eine überalternde Bevölkerung noch weiter nach oben treibt. Die auf dem aberwitzigen Umlagesystem errichteten Sicherungssysteme, zu finanzieren von immer weniger jüngeren Menschen für immer mehr Alte, Kranke und Hilfsbedürftige, steuern in den Bankrott. Die politisch forcierte «Lösung» des Problems vermittels unbeschränkter Einwanderung geht nach hinten los, denn die meiste Zuwanderung erfolgt nicht in die Arbeitsmärkte, sondern in die Sozialsysteme. Außerdem verstärkt die mangelhafte Integration der Einwanderer die

Auflösung der gewachsenen Gesellschaftsstrukturen; das Kollektiv wird nicht nur finanziell, sondern auch hinsichtlich seiner Kohäsionskräfte überlastet. Zugleich führen die endlos steigenden Steuern und Beiträge (zur Finanzierung des wuchernden Sozialstaats) zur Erosion der Eigenvorsorge- und Selbsthilfemöglichkeiten der Bevölkerung; deren Abhängigkeit vom Kollektiv wächst noch mehr. (2004, 219)

Die Hitze, in welcher sich die sozialstaatliche Fata Morgana entwickeln konnte, wurde vom *fiat money* und seiner heißen Kredit- und Inflations-Thermik erzeugt. Die Ursachen des Geschehens waren und sind politischer Natur, aber finanzierbar wurde der ganze illusionistische Zauber nur durch das beliebig vermehrbare Scheingeld. Doch irgendwann kühlen sich die Luftschichten ab und die Fata Morgana verschwindet. Was bleibt, ist Wüste. (2004, 220)

[...] eine fiskalische Zwangsausbeutung, welche den Bürgern zwei Drittel ihrer gesamten Lebenserträge wegnimmt. Man scheut sich, in diesem Zusammenhang überhaupt noch die Vokabeln *Bürger* und *Markt* in den Mund zu nehmen. *Staatsmündel und Arbeitssklaven mit Pausenausgang auf dem Gefängnisbof* wäre treffender. (2004b)

Im viktorianischen London des Jahres 1900 waren sozial- und wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen unbekannt. Trotzdem hat es keinen einzigen Einwohner der Stadt gegeben, der unbehindert krank geblieben wäre oder der mittellos hätte hungern oder als Obdachloser leben müssen. Dutzende von sogenannten *Friendly Societies* kümmerten sich um jeden Gestrauchelten oder Unglücklichen; die Ausgaben für karitative Zwecke bildeten den zweitgrößten Budgetposten (nach den Lebensmitteln) der Bürgerhaushalte, und fast die Hälfte aller Londoner Ehefrauen in den bürgerlichen Familien war aktiv und unentgeltlich in Hilfseinrichtungen tätig. Mit dem Heraufziehen der staatlichen Sicherungs- und Wohlfahrtseinrichtungen

lösten sich diese Institutionen und freiwilligen Hilfsdienste sukzessive auf. Im Wohlfahrtsstaat gilt die Devise «Warum soll ich meinem Nachbarn helfen, wenn es doch das Sozialamt gibt. (2005, 277)

Dabei war es keinesfalls so, daß überall in den Industrieländern der Sozialstaat hätte «einspringen» müssen, weil die private Karitas ausfiel, sondern umgekehrt: Das Machtstreben der Parteien und Regierungen ging mit den Versprechungen von immer mehr «sozialen» Wohltaten auf Stimmenfang, und mit dem rasanten Wachstum der staatlichen «Sozialversicherungen» und «Sozialleistungen» ging das Schrumpfen privater Hilfsbereitschaft einher. Damit trocknete aber nicht nur die private Karitas aus, sondern es wurden auch immer mehr Bedürftige erzeugt. Das liegt in der Natur der Kollektivleistungen [...], an der Tatsache also, daß Anreize gesetzt werden, das System auszubeuten und die eigenen Anstrengungen zu verringern. Die Zahl der Hilfsbedürftigen schwoll jedoch auch deshalb rapide an, weil der Sozialstaat teurer und teurer wurde und den Bürgern immer mehr von ihren Einkünften und Vermögen rauben mußte, um das wuchernde Wohlfahrtsgebilde finanzieren zu können. Mit dem Sozialstaat wächst auch der Steuer- und Abgabenstaat zum alles verzehrenden Moloch heran. Die Bürger müssen ihm immer größere Teile ihrer Arbeitserträge in den Rachen werfen und werden auf diese Weise tatsächlich massenweise zu Bedürftigen. Damit steigen die Kosten erneut, die Abgabenschraube muß weiter nach oben gedreht werden, noch mehr Menschen können ihren Lebensunterhalt aus dem immer geringer werdenden Restverdienst nicht mehr bezahlen. Ein Teufelskreis, der theoretisch erst sein Ende findet, wenn alle ihres Einkommens vollständig beraubt und abhängige Kostgänger des Staates geworden sind. (In der Praxis kann das Ende der Elendspirale auch früher eintreten, und zwar durch den Staatsbankrott.) (2005, 277f)

Der deutsche Wohlfahrtsstaat war von Anfang an ein Illusionsmodell und lebt von der Aufzehrung des Reichtums, den jener

Rest-Kapitalismus geschaffen hat, den die politische Kaste gerade noch zugelassen hat, sowie von der Ausbeutung der Zukunft und der künftig lebenden und arbeitenden Menschen. (2005d)

Genau diese Institution, die Familie, aber ist es, deren Zerstörung auf dem Herrschaftsprogramm des Staates steht, denn je mehr die Menschen auf den Staat angewiesen sind, desto größer und mächtiger kann er werden. Er fürchtet nichts mehr als Leute, die ihn nicht brauchen und sich selbst helfen können. (2007a)

Da die Bürger vom Staat ausgenommen werden wie eine Weihnachtsgans, ist es verständlich, dass sie nicht «Nein» sagen, wenn dieser Staat ihnen finanzielle Mittel – wie z. B. Kindergeld und Elterngeld – zuweist. Leider geht damit aber sukzessive die Empfindung dafür verloren, welche Erniedrigung und Schmach es bedeutet, zum Almosenempfänger gemacht zu werden, zum Unterstützungsbedürftigen auf Kosten anderer. Im Sozial- und Wohlfahrtsstaat wird das Denken der Menschen prinzipiell korrumpiert. (2007a)

Die falschen Bankrottsysteme des Wohlfahrtsstaates sollen also noch eine Weile über die Runden gerettet werden, indem man ein Volk von seelischen Krüppeln heranzieht. Ein Verkrüppelungssystem soll das Bankrottsystem retten. Ein makabrer Circulus vitiosus – und ein weiterer Beweis dafür, dass der Staat den Krieg gegen die Familie an allen Fronten führt. (2007e)

Politische Gewalt fängt mit Geschenken an. (2008, 22)

Versklavung kann man definieren als die Enteignung von Lebenszeit und Arbeitsleistung. Nichts anderes sind Steuern und Abgaben. (2008, 30)

Solidarität ist freiwillig, personengebunden und emotional. Deshalb saugt die erzwungene, anonyme und interessenpolitisch motivierte, also verlogene, Kollektiv-«Solidarität» des Sozialstaats der wahren Solidargemeinschaft namens Familie das Mark aus den Knochen. (2008, 40)

Die von den Sicherungsmechanismen des Sozial- und Wohlfahrtsstaates erzeugte und genutzte Risikoscheu und Sicherheitsmanie der Menschen ist das größte aller Risiken einer Volkswirtschaft – und führt über die Erosion der Markteffizienz letztlich zum Ende aller Sicherheit für alle Beteiligten. (2008, 46)

Erzwungene «Nächstenliebe» in Form des Umverteilungs- und Abzockerstaates lässt die wahre, freiwillige, ehrlich empfundene und persönliche Nächstenliebe ersterben. (2008, 46)

Im Wohlfahrtsstaat werden nicht die Produktionsmittel verstaatlicht, sondern die Menschen, nicht das Produktivkapital sozialisiert, sondern das Humankapital. (2008, 61)

Wer die Sicherheit der Freiheit vorzieht, wird immer in der Unfreiheit landen – und damit in der schlimmsten Unsicherheit, die dem Menschen widerfahren kann. (2008, 67)

Sobald mehr als die Hälfte der Bevölkerung eines Landes ihr Einkommen ganz oder teilweise vom Staat bezieht, ist eine Umkehr auf dem Weg in die Knechtschaft nicht mehr möglich. Die Stallgefütterten wollen und können auf ihren Futtermeister nicht mehr verzichten. Ihr Schicksal ist dann vorgezeichnet: Füttern, melken, schlachten. (2008, 92)

Wo immer man die Verbindung zwischen Beitrag und Belohnung, Leistung und Nutzen, oder Kosten und Ertrag kappt – wie das dem Sozialstaat systemimmanent ist –, hat man den Hauptantriebsriemen jenes Generators zerstört, der Moral erzeugt. (2009d)

Es gibt bekanntlich nur drei Wege, das Dasein zu fristen: 1) arbeiten, 2) betteln und 3) rauben. Der Wohlfahrtsstaat kultiviert Variante 3 und erhebt sie zum quasimoralischen Standard. Die systematische Eigentumsverletzung durch Umverteilung macht die Bürger bestenfalls zu Schmarotzern, schlimmstenfalls zu Verbrechern. (2009h)

Wenn eine große Zahl von Leuten – oder gar die Mehrheit – von anderer Leute Geld und Arbeit lebt, und wenn den Empfängern sogar noch eingeredet wird, dass sie darauf einen Anspruch hätten, dann ergibt sich daraus nicht nur eine andere Auffassung von Wirtschaft, Arbeit, Eigentum, Staat und Politik, sondern auch eine Änderung der Persönlichkeits- und Charakter-Struktur der Bürger. Die Wertschätzung von Unabhängigkeit, Eigenverantwortung, Zukunftsvorsorge, Familien- und Sippenzusammenhalt, Mäßigung, Verzicht, Wagemut, Ehrlichkeit und persönlicher Hilfsbereitschaft schwindet zunehmend. Eine Handlung kann nur moralischen Wert haben, wenn sie weder unter Zwang noch auf Kosten anderer erfolgt. (2010, 38)

Dieses Herrschaftsspiel der Massen-Stallfütterung funktioniert aber nur durch die Möglichkeit, beliebige Geldsummen durch unablässige Staatsverschuldung schaffen zu können. Das Steuerstrat reicht dafür schon lange nicht mehr aus. (2010g)
